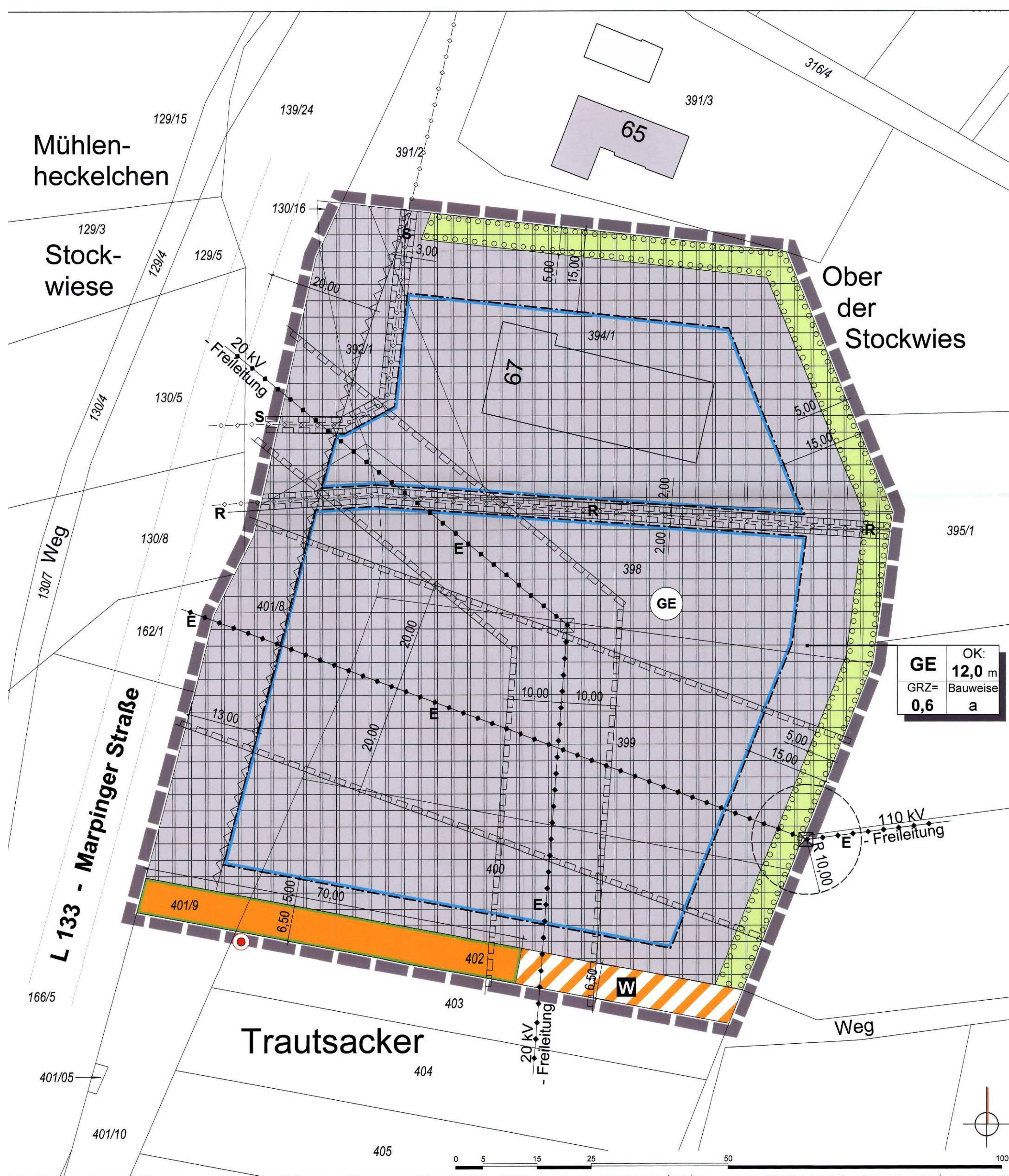


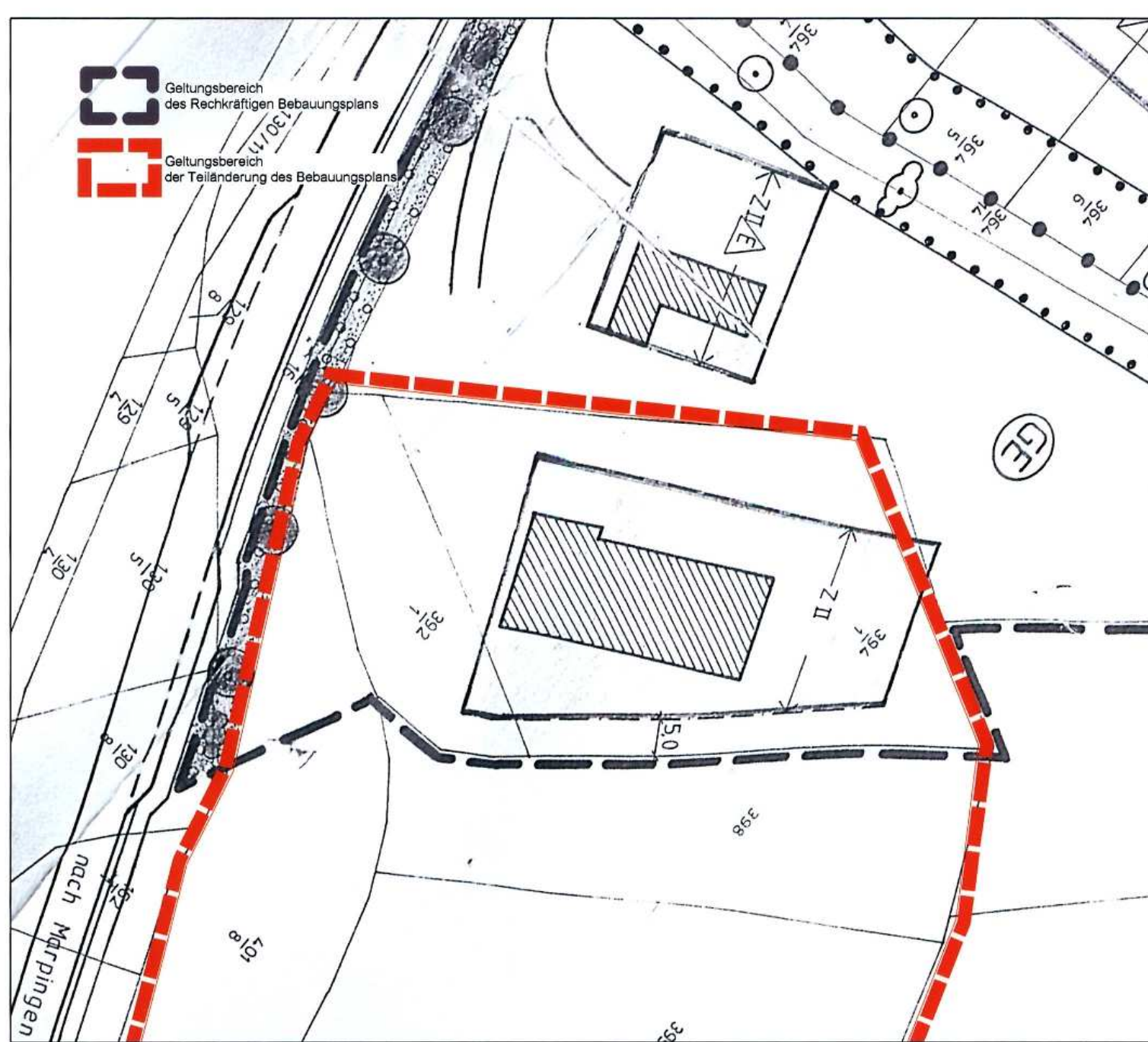


Teil A: Planzeichnung

Planzeichenerläuterung
nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZO 1990

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1-15 BauNVO) Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO)	Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB und §§ 16-21 BauNVO) GRZ 0,6 OK Höhe baulicher Anlagen hier: maximale Oberkante Gebäude
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO) a Baugrenze	Verkehrsfächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB) Straßenverkehrsfäche Straßenbegrenzungslinie Verkehrsfächen besonderer Zweckbestimmung Wirtschaftsweg
Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB) Hauptversorgungsleitung oberirdisch hier: E: Strom Hauptwasserleitung unterirdisch hier: S: Schmutzwasser R: Regenwasser	Planungen, Nutzungsregeln, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB) Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Ergänzende Darstellung für Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen innerhalb des Gebietsgebietes
Sonstige Planzeichen mit Geh-, Fahr- und Leitungswegen zu belastende Flächen Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind hier: Bauschutzbereich L 133 Stahlschuttbereich Höhenfestpunkt 6508142 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans	

Rechtskräftiger Bebauungsplan "Lindensiedlung"

Örtliche Bauvorschriften
gem. § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 85 Abs. 4 LBO

Dachneigung (§ 85 Abs. 1 Nr. 1 LBO)	Innerhalb des Plangebietes sind Dachneigungen bis max. 30° zulässig.
Werbeanlagen (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 LBO)	Werbeanlagen sind nur an der Stelle der Leistung zulässig. Unzulässig sind blinkende Leuchtreklamen sowie zeilweise oder ständig sich bewegendes Werbeanlagen.
Unbebaute Flächen der bebauten Grundstücke	Die unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke sind als Grün- bzw. Gartenflächen anzulegen, sofern sie nicht als Verkehrsflächen benötigt werden. Dabei sind für Anpflanzungen geeignete einheimische, standortgerechte Gehölze zu verwenden.
Ordnungswidrigkeiten (§ 87 LBO)	Gemäß § 87 Abs. 1 LBO handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig diesen, nach § 85 LBO erlassenen, Örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einer Höhe von 250.000,- Euro geahndet werden (§ 87 Abs. 3 LBO).

Hinweise

Baumpflanzungen	Das DVGW-Regelwerk GW 125 "Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen" ist bei der Planung zu beachten.
Leitungsschutz	Eine bauliche Nutzung oder eine eventuell während der Bauphase erforderliche Errichtung eines Baukrans und dessen Betrieb im Leitungsschutzstreifen der 20-kV-Freileitung und der 110-kV-Freileitung ist nur im Rahmen der geltenden VDE-Bestimmungen zulässig und bedarf der besonderen Zustimmung der energie GmbH bzw. der VSE AG. Die Zugänglichkeit des in der Planzeichnung gekennzeichneten Stahlschuttbereiches ist auch nach der Errichtung baulicher Anlagen jederzeit zu gewährleisten. Jegliche Tiefarbeiten, aber auch Aufschüttungen im Schutzbereich des Stahlschuttbereiches bedürfen der Zustimmung der VSE AG. Kosten für eventuell notwendig werdende Rückschnitte von Bäumen und Sträuchern in den Schutzbereichen trägt der jeweilige Grundstückseigentümer.
Altstandort	Das Kataster für Altstätten und altstättverdächtige Flächen weist innerhalb des Plangebietes einen Altstandort aus. Im Vorfeld von Baumaßnahmen, die in den Untergrund eingreifen, ist in Abstimmung mit dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen.
Wasserschutz	Zur direkten Einleitung des auf den Dachflächen und den sonstigen versiegelten Flächen anfallenden Niederschlagswassers in einen Bachlauf ist die Einhaltung einer Erlaubnis nach § 7 WVG erforderlich. Dabei ist zu prüfen, ob eine einzuzeulende Niederschlagswasser aufgrund seiner Belastung einer Voreinrichtung bedarf. Die Anlagen zur Einleitung müssen gegen Löschmittel- und Brandrückständeintrag in die betreffenden Bäche gesichert werden.
Lärmschutz	Im Gewerbegebiet ist sicherzustellen, dass die Betriebszeiten zwischen 6.00 Uhr und 22.00 Uhr liegen. Ausnahmeweise kann ein Nachtbetrieb zugelassen werden, wenn durch eine Lärmprognose von einer nach § 26 bzw. 28 BImSchG bekannt gegebenen Massstelle der Nachweis erbracht wird, dass der gebietsbezogene Immissionsrichtwert für ein VA-Gebiet an der nächstgelegenen Wohnbebauung im Ortsteil Alsweiler während der Nachtzeit eingehalten wird.
Einhaltung der Grenzabstände	Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten.
Umweltfreundliche Energieträger	Zum weiteren Ausbau der Solarenergienutzung wird die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen und Solarkollektoren zur Brauchwassererwärmung empfohlen.
Bodendenkmäler	Bei Bodenfunden besteht Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsgebot gem. § 12 des Gesetzes Nr. 1554 zur Verlängerung des Saarländischen Denkmalschutzes, Artikel 1 des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes vom 18. März 2004.

Gesetzliche Grundlagen

Bund: Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung) vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682), zuletzt geändert durch Art. 3 i.V.m. Art. 4 des Gesetzes Nr. 1673 zur Einführung der elektronischen Form für das Amtsblatt des Saarlandes vom 11. Februar 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1215) Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3630), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes 28. November 2010 (BGBl. I S. 1728) Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altstätten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214) Bundesbodenschutz- und Altstellenvorschriften (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes zur Neuordnung des Wasserrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585)	Land: Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1506), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes Nr. 1721 zur Verlängerung der Geltungsdauer von Vorschriften des Landesrechts vom 26. Oktober 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1721) Kommunale Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1458), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374) Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1064), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1678 vom 11. März 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 678) Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSChG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes vom 19. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1458), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. 1688 vom 17. Juni 2009 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1374) Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des saarländischen Bauordnungs- und Bauvertragsrechts vom 19. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1715 zur Anpassung der Landesbauordnung an die Richtlinie 2006/123/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt vom 16. Juni 2010 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1312) Saarländisches Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822) Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBSchG), Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 960), zuletzt geändert durch Art. 10 Abs. 3 i.V.m. Art. 14 des Gesetzes Nr. 1632 zur Reform der saarländischen Verwaltungsstrukturen vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393)
--	---

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss Der Gemeinderat der Gemeinde Marpingen hat in seiner Sitzung am 14.10.2009 die Aufstellung des Bebauungsplans "An der L 133" mit Teiländerung des Bebauungsplans "Lindensiedlung" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 30.10.2009 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt ortsüblich bekannt gemacht.	Satzungsbeschluss Der Bebauungsplan "An der L 133" mit Teiländerung des Bebauungsplans "Lindensiedlung" wurde in der Sitzung am 16.02.2011 vom Gemeinderat der Gemeinde Marpingen als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).
Beteiligungsverfahren Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde in Form einer Auslegung vom 20.11.2009 bis 18.12.2009 durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB).	Ausfertigung Der Bebauungsplan "An der L 133" mit Teiländerung des Bebauungsplans "Lindensiedlung" wird hiermit ausfertigt. Marpingen, den 18. 02. 2011 Der Bürgermeister
Bekanntmachung Der Beschluss des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan mit Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB auf Dauer während der Dienststunden von Jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am 25.02.2011 im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Marpingen ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Marpingen, den 28. 02. 2011 Der Bürgermeister	
Übersichtslageplan (ohne Maßstab) Das Ergebnis der Prüfung ist denjenigen, die Stellungnahmen abgeben haben, mit Schreiben vom 29.06.2011 mitgeteilt worden.	
Maßstab 1 : 500	Projektbezeichnung MAR-BP-GE-9-019
Verfahrensstand - Satzung -	Datum 16.02.2011
Verfahrenstand - Satzung -	Beauftragter Dipl.-Geogr. Th. Eisehuth Dipl.-Geogr. Anja Groß
Gemeinde Marpingen / Ortsteil Alsweiler	
Bebauungsplan "An der L 133" mit Teiländerung des Bebauungsplans "Lindensiedlung"	